

SYSTEMRELEVANT

Transkript: Folge 244

Wohlstand in Gefahr: Deutschland und die neue Weltordnung

Veränderte Weltordnung, aggressive Geoökonomie, unsichere Lieferketten: Deutschlands Wohlstand steht unter Druck. In dieser Folge von Systemrelevant gehen wir der Frage nach, wie wir unseren Lebensstandard erhalten können, wenn alte Regeln nicht mehr gelten.

Einsprecher 00:00:02

Systemrelevant Fakten für eine demokratische und nachhaltige Wirtschaft.

Marco Herack 00:00:13

Heute ist Donnerstag, der 22. Mai 2025 willkommen zur 244. Ausgabe von Systemrelevant. Mein Name ist Marco Herack und heute geht es um die ganz heißen Kartoffeln. Wir gehen der Frage nach, wie wir unseren Wohlstand erhalten können. Und das erzeugt dann schon so als erste Frage bei mir, Sebastian, ob du jetzt unter die Vermögensverwalter gegangen bist oder wie kommen wir auf dieses Thema hier?

Sebastian Dullien 00:00:37

Nee, Wohlstand ist ja jetzt nicht gleich Vermögen. Und wenn Ökonomen und Ökonomen über Wohlstand nachdenken, dann ist ein wichtiges Element vielmehr, wie wir unser Geld verdienen, also nicht der Bestand an Geld unbedingt, sondern das, was wir verdienen. Die meisten Menschen leben ja auch nicht von ihrem Vermögen, sondern von dem, was sie aus Ihrer Arbeit verdienen. Jeden Monat, jedes Jahr. Und darum geht es eigentlich, kann Deutschland noch in der Art wirtschaftlichen Mehrwert schaffen, wie das in der Vergangenheit war? Ich grenze das jetzt so ab, weil manchmal sagt man ja, Wohlstand ist breiter, das würde ich auch sagen. Also mein Urlaub, meine Freizeit ist auch Wohlstand, also nicht nur Bruttoinlandsprodukt, sondern es gibt da ganz viele andere Aspekte, aber wir würden uns heute doch auf diesen wirtschaftlichen, enger definierten Wohlstand konzentrieren.

Marco Herack 00:01:26

Das war Sebastian Dullien, Direktor des IMK, also des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung bei der Hans-Böckler-Stiftung.

Und an unsere Hörerinnen und Hörer vorweg wie immer der Hinweis, dass ihr uns erreichen könnt, und zwar per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Da könnt ihr uns antickern. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einsenden. In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts, derer haben wir 2. Und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert.

Wir haben heute das Thema Industriepolitik, Geoökonomie und ähnliches, aber das Ganze haben wir auch deswegen, weil es im Rahmen einer

Konferenz sehr tiefgehend besprochen wurde. Das war das alljährliche IMK-Forum, also quasi das IMK-Forum 2025, Sebastian.

Sebastian Dullien 00:02:12

Genau. Wir haben ja jährlich so eine große Veranstaltung in Berlin. Das IMK-Forum, und dieses Jahr war das am 13. Mai, da haben wir über dieses Thema gesprochen.

Marco Herack 00:02:23

Industriepolitik ist glaube ich so ein Wort, wo jeder irgendwie ein gewisses Verständnis für hat. Da werden wir ja gleich noch mal drüber reden auch, aber Geoökonomie ist jetzt so ein Wort, was irgendwie eher neu aufgetaucht ist in dieser Debatte. Was meint denn das?

Sebastian Dullien 00:02:36

Das ist so ein Modewort, ein bisschen. Das beschreibt eigentlich, wie jetzt große politische, internationale Verschiebungen oder Verschiebungen im Weltgefüge sozusagen sich auf ökonomische Entwicklung auswirken oder wie große Mächte ihre Wirtschaftspolitik einsetzen, um machtpolitische Ziele zu erreichen, und was das dann eben wirtschaftlich bedeutet.

Marco Herack 00:03:01

Das geht so in Richtung Definition dieser neuen Weltordnung, von der so oft gesprochen wird. Dass sich jetzt alle anders verhalten, wesentlich unfreundlicher und so weiter.

Sebastian Dullien 00:03:13

Genau das hat was mit der Frage nach der Weltordnung zu tun. Und unsere Interpretation ist eben, dass wir eine Reihe von Ländern haben, die sich heute anders verhalten als früher, dass vor allem die USA und China die lange Zeit doch ihre Handelspolitik und ihre Wirtschaftspolitik vor allem danach ausgerichtet haben, wie jetzt der ökonomische, kurzfristige Wohlstand ihrer Bürgerinnen und Bürger erhöht wird und die jetzt stärker auf so eine Machtkonkurrenz eingeschränkt sind, dann quasi auch die Wirtschaftspolitik dem unterordnen. Und hier ist nach meiner Interpretation besonders wichtig, dass eben China das Ziel ausgegeben hat, und das auch verfolgt, weltwirtschaftlich oder global, sowohl machtpolitisch als auch ökonomisch führend zu werden.

Sebastian Dullien 00:03:57

Und die USA will das unbedingt verhindern und dem wird eben dann auch die Wirtschaftspolitik untergeordnet. Also China zum Beispiel subventioniert da viele Branchen, die vielleicht in der Form gar nicht so Wohlstand steigern sind für China, aber die wichtig sind, zum Beispiel militärische Macht zu haben oder um in bestimmten Bereichen unabhängig zu werden vom Rest der Welt. Und die USA, die versuchen dann eben Ausfuhren nach China zu begrenzen, auch wenn das eigentlich gar nicht hilfreich ist für den eigenen

Brotstand. Also wenn die USA zum Beispiel sagt: Wir verbieten unseren Unternehmen Halbleiter der neuesten Generation nach China zu bringen oder Fertigungsgeräte für Halbleiter nach China zu liefern, dann ist das ja jetzt nicht etwas, was den Unternehmen in den USA hilft, sondern da steht ein anderes Interesse dahinter und darum geht es jetzt.

Sebastian Dullien 00:04:44

Das ist für Deutschland und Europa eben schwierig, weil die lange Zeit davon sehr gut gelebt haben, dass es einen offenen Weltmarkt gibt und die EU hat eigentlich nicht solche Machtambitionen gehabt und hat es ja auch immer noch nicht. Aber wenn die anderen eben mit dieser Motivation Dinge tun, dann gerät man da schnell ins Hintertreffen, wenn man es nicht macht.

Marco Herack 00:05:02

Ich möchte an der Stelle einen Einspieler einbringen von Yasmin Fahimi, Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, also DGB und Vorsitzende des Vorstands der Hans-Böckler-Stiftung, indem sie das auch noch mal sehr klar definiert, was das ist, was auf Deutschland und Europa, naja, gar nicht mal so sehr zukommt, weil wir sind da eigentlich schon mittendrin.

Yasmin Fahimi 00:05:22

Wir haben in der Zwischenzeit aber auch noch zusätzlich und man will es kaum glauben, die Probleme reißen nicht ab, einen neuen US-Präsidenten der... ja, nicht einfach nur disruptiv, sondern geradezu chaotisch mit der Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg, aber eben auch mit den auch nach dem Ende des Kalten Krieges neu gefundenen Handelsbeziehungen völlig chaotisch und eben auch zerstörerisch umgeht. In einer Art und Weise, die am Ende Rezession bedeuten wird, und zwar nicht nur für uns, sondern für im Prinzip so ziemlich alle Volkswirtschaften der Welt.

Yasmin Fahimi 00:06:01

Nicht zuletzt eben auch für die US-amerikanische selbst. Wir haben eine in der Tat auch Neuaufstellung, Neuausrichtung der Wirtschaftsstrategien Chinas, die eben schon lange nicht mehr nur einfach die verlängerte Werkbank sind, sondern die mit neuen Produkten, die mit Technologieführerschaft, auch mit hoher Subventionierung und Staatskapitalismus, muss man am Ende sagen, ist ja kein kommunistischer Staat. Was die Repressalien nach innen angeht, vielleicht. Aber was Produktion und Handel angeht, sind sie eine der härtesten kapitalistischen Konkurrenten, die man so auf dem Weltmarkt haben kann. Und das drängt natürlich in dieser Kombination mit den USA jetzt auch auf den europäischen Markt und dazu kommt natürlich der andauernde Krieg in der Ukraine. Das heißt, es ist völlig klar und ich glaube, das haben bis auf einige wenige Kräfte, die ganz andere nationalistisch rassistische, protektionistische Ideen haben, alle verstanden. Es braucht jetzt eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik.

Marco Herack 00:07:11

Das ist eine unglaublich komplexe Aussage, finde ich, weil sie im Grunde auch noch mal das Fass aufmacht, dass wir ja auch nach innen Probleme haben. Dann am Ende. Also wir sind quasi von außen in der Zange zwischen den Gewalten und müssen da irgendwie einen Weg finden. Aber auch unsere innere Unruhe noch irgendwie im Griff halten. Also wenn man das so als Diagnose des Zustands nimmt, dann stehen wir da ja vor einer ziemlich gewaltigen Aufgabe gerade.

Sebastian Dullien 00:07:38

Ja, auf jeden Fall. Also ich meine, da kommen ganz viele Sachen zusammen, wir haben ja auch noch das Ziel, klimaneutral zu werden, das auch noch dazu kommt, und wir haben diesen Druck von draußen. Wir haben nicht mehr diese ruhigen Fahrwasser in der Weltwirtschaft, den Rückenwind aus der Weltwirtschaft, wo wir damit wachsen und unseren Wohlstand mehren können. Und natürlich hängt das auch zusammen, wenn von außen diese Hilfe fehlt. Im Inland hat man möglicherweise auch weniger zu verteilen und die Verteilungskonflikte werden stärker und das kann dann auch von Populisten ausgenutzt werden und macht es dann insgesamt schwieriger.

Marco Herack 00:08:10

Ja, und diese Situation schreit jetzt, wir haben das ja hier auch schon mehrfach gehabt nach einer Änderung des Wirtschaftsmodells im Grunde. Also bisher waren wir ja der Meinung, jeder soll mal irgendwie machen und dann kommt schon irgendwas Gutes dabei raus und jetzt stellen wir fest, na ja, vielleicht sollte da mehr Steuerung reinkommen von außen. Und von außen meint dann in Bezug auf die Wirtschaft: der Staat.

Sebastian Dullien 00:08:35

So ist es ja nicht, dass man die Freiheiten einschränken möchte, des Einzelnen jetzt ein Unternehmen aufzumachen oder bestimmte Dinge zu produzieren. Ich glaube, das ist immer noch die große Stärke des Kapitalismus oder auch der sozialen Marktwirtschaft, dass im Rahmen von klaren Regeln und Rahmenbedingungen die Einzelnen mit einer Idee erfolgreich sein können, auch was Tolles anbieten können, was dann ja auch das Leben der anderen verbessert. Was aber der Punkt ist, ist, dass das wahrscheinlich alleine nicht ausreicht. Dass wenn man die Leute so machen lässt, dass möglicherweise wichtige Elemente hinten rüberfallen, also dass zum Beispiel Resilienz nicht gegeben ist oder dass die Technologie in die Klimaneutralität sich nicht schnell genug und stark genug entwickelt oder dass einfach auch bestimmte Branchen, die künftiges Wachstum bringen, dass die vielleicht abwandern oder kaputt gehen bei uns.

Sebastian Dullien 00:09:22

Das hängt dann auch damit zusammen, dass, wenn natürlich andere, die USA und China, nicht vor dem Hintergrund eines Marktes spielen, sondern

selber massiv eingreifen, dann kommen bestimmte Branchen auch bei uns unter Druck. Aber das heißt, dass der Staat dort doch schon stärker eingreifen muss, um eben einfach bestimmte Aktivitäten zu fördern oder auf die richtige Bahn zu setzen, ohne dass man grundsätzlich dann diese Marktwirtschaft in Frage stellen will.

Marco Herack 00:09:44

Ist Steuerung vielleicht das falsche Wort, sondern mehr Zielsetzung, die unterstützt wird.

Sebastian Dullien 00:09:49

Ja, also ich würde Unterstützung und Anreize geben, in bestimmte Richtungen sich zu bewegen, fände ich, glaube ich besser als Steuerung, weil für eine Steuerung ist einfach das System zu komplex. Also für eine genaue Steuerung. Also wenn du ein Auto fährst, da kontrollierst du ja sehr genau den Weg und wenn du es da steuerst, sagst nicht nur da und da geht es eben hin und da soll es hingehen und der Staat muss eben mehr das Ziel und Rahmenbedingungen und Anreize dann schaffen.

Marco Herack 00:10:13

Wir kommen aus der Sache nicht raus, ne, also wir sind an dem Punkt, an dem es so langsam Konsens wird, dass wir da was anders machen müssen als bisher. Kann man das so festhalten?

Sebastian Dullien 00:10:24

Ja, ich würde das schon so sagen. Also das scheint der stärkere Konsens zu sein und wir hatten auf der Konferenz auch ja Dani Rodrik zugeschaltet aus den USA. Und er hat auch gesagt, früher war die Debatte, soll man Industriepolitik machen, ja oder nein? Heute ist die Debatte nur noch, wie soll man Industriepolitik machen, weil alle sind sich einig, dass man es machen muss.

Marco Herack 00:10:43

Auch in den USA?

Sebastian Dullien 00:10:45

Ich glaube, vor allem in den USA. Aber ich meine auch da verstehen ja Leute ein bisschen was Unterschiedliches unter der Industriepolitik. Aber wenn du dir jetzt anguckst, wir hatten einen demokratischen Präsidenten Joe Biden, der mit dem Inflation Reduction Act sehr massiv Industriepolitik gemacht hat und dem Chips Act. Also die haben ja sowohl für Dekarbonisierungstechnologien, erneuerbare Energien und auch die Halbleiterproduktion haben die ja ganz massiv Industriepolitik gemacht.

Sebastian Dullien 00:11:09

Fahrzeugbau, Batterieproduktion, das ist ja alles im IRA mit drin und Donald Trump macht jetzt auch Industriepolitik. Der macht das anders, der setzt

auch zum Teil die Zölle dann zur Industriepolitik ein, aber wenn du jetzt hingehst und sagst, wir haben einen 25% Zoll auf Stahl und Aluminium und außerdem auf Autos und Autoteile, was ist das denn anderes als Industriepolitik, das ist ganz klare vertikale Industriepolitik, also Industriepolitik, die sogar nur einzelnen Sektoren helfen soll.

Sebastian Dullien 00:11:35

Und von daher würde ich sagen, ja, also vielleicht gibt es ja schon Leute, die sagen, soll man nicht machen in den USA vereinzelte Stimmen, aber eigentlich scheint mir das jetzt sehr lagerübergreifend so, dass man irgendwie Industriepolitik macht und da eingreift.

Marco Herack 00:11:48

Die dann aber, wie du es eben gerade genannt hast, vertikal, meint sehr gezielt in Branchen, von denen man der Meinung ist, dass sie wichtig sind und gebraucht werden für Verschiedenstes wie eigene Sicherheit, oder als Zukunftsbranche.

Sebastian Dullien 00:12:04

Genau, die Ökonominen und Ökonomen unterscheiden ja zwischen dieser horizontalen und der vertikalen Industriepolitik. Ich finde das manchmal nicht ganz hilfreich, weil eigentlich horizontale Industriepolitik nur allgemeine Standortpolitik ist. Also horizontal heißt für alle gleich, und die sagen dann ja, wenn man zum Beispiel die Bildung stärkt oder die Infrastruktur ausbaut oder die Steuern senkt, das ist dann horizontale Industriepolitik und das verwischt aus meiner Sicht so ein bisschen die Begriffe und vertikale Industriepolitik ist eben, dass der Staat sagt, der und der Sektor. Oder die und die Aktivitäten sind mir wichtig oder die Dinge so und so zu machen. In dem Bereich sind mir wichtig und das fördere ich und das steuere ich jetzt und eigentlich, wenn wir über Industriepolitik reden, dann reden wir meist über diese vertikale Industriepolitik. Der Sachverständigenrat hat dann lange Zeit gesagt, zum Beispiel, er findet heute zum Teil Industriepolitik gut und vertikale Industriepolitik nicht, das ist dann eben schon ein anderes Wort zu sagen, ja, also allgemeine standortstärkende Maßnahmen sind gut, aber nicht, wenn man auf einzelne Sektoren geht.

Sebastian Dullien 00:13:00

Und was halt heute neu ist, was du gesagt hast, dieses Vertikale, dass man schon guckt, welche Sektoren, glaubt man, sind einerseits wichtig für Resilienz, strategische Autonomie, vielleicht auch für den Rüstungsbereich. Und wo kommt künftig Wachstum her und diese Sektoren, die fördert man dann besonders, also mit dem IRA, mit den erneuerbaren Energien in den USA oder jetzt mit diesen speziellen Zöllen, von denen ich eben geredet habe, die Stahl- und Aluminiumindustrie und die Autoindustrie. Die Produktion in den USA wird damit ja gefördert.

Marco Herack 00:13:31

Und jetzt sind wir in Deutschland in so einer Situation, und das habe ich so aus der Konferenz auch mitgenommen, die im Grunde gar nicht so schick ist, was jetzt diese Industriepolitik betrifft, weil wir haben unbegrenzt Gelder für Waffen uns verordnet, aber begrenzt Gelder für Investitionen, und das scheint ein Problem zu sein.

Sebastian Dullien 00:13:52

Das wird ja im Moment sehr stark diskutiert und ich glaube, wir haben das hier auch schon mal im Podcast angesprochen. Die Grundgesetzänderung an sich sagt jetzt, man darf eigentlich so viele Kredite aufnehmen, wie man will, für Rüstung aber eben begrenzt nur für die Infrastruktur. Einerseits ist da diese Asymmetrie da, aber es ist auch ein bisschen verkürzt, das so darzustellen, denn wir haben noch europäische Regeln, die das insgesamt begrenzen und die zwar eine gewisse Ausnahme für Rüstung auch zulassen, aber eben auch nicht unbegrenzt, und wir wissen auch noch nicht genau, wieviel das jetzt tatsächlich genutzt wird, und andererseits muss man sich auch die Frage stellen, wenn man den Anstieg der Kreditaufnahme für Rüstung nicht erlauben würde, aber es wahrgenommen wird, dass wir mehr Rüstungsausgaben brauchen, dann wird das ja auch auf Kosten von allen Dingen kommen.

Sebastian Dullien 00:14:34

Also ich bin mir nicht ganz so sicher. Tatsache bleibt aber, dass die Finanzregeln, wie wir sie haben, mit der Schuldenbremse und auch mit der Rüstungsausgaben und Sondervermögeninfrastruktur, dass da eine Begrenzung bleibt für das, was wir für Industriepolitik leihen können. Wobei, man muss auch sagen, man kann natürlich nicht immer alles Kredit finanzieren, sondern manchmal muss man auch Sachen dann über höhere Steuern finanzieren.

Marco Herack 00:14:57

Was die Finanzierung der Verteidigungsausgaben betrifft, da hat Guntram B. Wolff einen sehr spannenden Vortrag, gehalten von der Brüsseler Freien Universität und Senior Fellow bei Breugel und Kiel Institut Fellow. Und da geht es auch darum, dass Rüstung, wenn man denn da jetzt schon so viel Geld ausgibt, dass man da auch ein bisschen Hirnschmalz reinsteckt und das nicht einfach nur so da reinwirft.

Guntram Wolff 00:15:20

So wie geht es weiter? Also wir haben ja schon gehört, die Schuldenbremse ist reformiert. Das ist sozusagen jetzt erstmal aus Verteidigungssicht großartig. Es wird mehr Schulden finanzierte Ausgaben für Verteidigung geben können, die Frage ist, es stellen sich eigentlich 2 oder 3 große Fragen, also die erste große Frage ist:

Guntram Wolff 00:15:51

Wenn ich das Geld nur national aufnehme auf den Kapitalmärkten und nur national ausbebe, werde ich die Rüstungsindustrie vor allem heimisch antreiben oder werde ich versuchen, einen europäischen Effizienzwettbewerb zu initiieren und eben die Preise runterzubringen für die Rüstungsgüter? Da sehen wir hier in diesem Kuchenchart rechts sehen wir, dass, Deutschland in den letzten Jahren, wenn es bestellt hat, vor allem zu Hause bestellt hat oder Joint Ventures relativ wenig im europäischen Rahmen. Also das heißt, wenn das einfach so weitergeht, wird das tendenziell bedeuten, wir werden mehr Geld ausgeben und mehr Geld ausgeben zu Hause bei unseren eigenen Champions national Champions, wenig Wettbewerb, höhere Preise. So also das industriepolitische Thema ist hier aus meiner Perspektive vor allem ein europäisches Thema.

Marco Herack 00:16:48

Ja, so ein europäisches Thema, sonst zahlen wir zu viel. Um es mal runterzubrechen. Das ist ja insofern schwierig für die Politik, weil sie ja natürlich auch ihre Firmen nutzen möchte und gerade bei Verteidigung auch innerhalb Europas doch die Beharrungsreflexe recht stark sind. Man will nicht so richtig zusammen, obwohl es immer wieder die Bekundungen dahin gibt.

Sebastian Dullien 00:17:11

Also vielleicht gehen wir doch noch mal erst mal einen Schritt zurück. Wie kommen jetzt eigentlich die Rüstungsausgaben plötzlich da rein? Also wir hatten ja eben noch über Wohlstand geredet und Rüstung an sich macht ja keinen Wohlstand. Sondern Rüstung ist ja was, was man dummerweise braucht, wie man vielleicht eine Hausratversicherung braucht oder eine Hausversicherung man hofft, dass man es nie braucht. Darum war auch dieser Rüstungsblock auf der Konferenz der Punkt, dass jetzt die Welt sich verändert hat und. Hat auch zur Folge, dass wir mehr für Rüstung ausgeben müssen, für Verteidigungen ausgeben müssen, denn die USA hat gerade einer neuen Regierung sehr deutlich gemacht, dass sie Europa nicht mehr unbedingt verteidigen würde und wir haben im Moment einen Krieg in der Ukraine nicht sehr weit von Berlin weg, wo sich eben zeigt, dass da auch eine Macht, nämlich Russland, offensichtlich das wirtschaftliche Interesse der eigenen Bevölkerung zurückgestellt hat über so eine, ja die Idee, das Territorium auszudehnen. Diese Kombination bedeutet eben, dass wir eine bessere Verteidigung brauchen, als wir heute haben.

Sebastian Dullien 00:18:09

Ob wir jetzt mehr ausgeben müssen, das geht dann jetzt schon in diese Richtung oder wieviel mehr wir ausgeben müssen in das, was das gerade wir von Guntram Wolff gehört haben. Da hat Guntram Wolff eben drauf hingewiesen, dass wenn man sich besser verteidigen möchte, dann geht es nicht da drum einfach nur mehr Geld auszugeben. Das könnte ich ja machen,

indem ich einfach für jeden Panzer von Rheinmetall das Dreifache zahle. Dann habe ich mir Geld ausgegeben, das hat nur nichts verbessert, sondern dass es darum geht, bestimmte Fähigkeiten zu erlangen. Verteidigungsfähigkeiten und dass man das am besten und sinnvollsten machen kann, wenn man das europäisch macht, damit eben nicht Munition weiter, die man vielleicht braucht und einlagern möchte, praktisch in Manufakturarbeit mit sehr viel Handarbeit hergestellt wird, sondern man da eben Skaleneffekte nutzen kann.

Marco Herack 00:18:52

Also wenn wir jetzt darüber reden, dass wir durchaus in der Gefahr sind, dass Verteidigungsausgaben und Sozialausgaben in Konkurrenz geraten. Dann finde ich halt den Punkt, den Guntram Wolff da gemacht hat, super wichtig, weil man muss natürlich dann schon auch darauf achten, dass die Rüstungsindustrie nicht zu viel verdient im Sinne der sozialen Gerechtigkeit, deswegen wollte ich das hier auch noch mal hervorheben, dass das ein ganz wichtiges Thema ist. Und natürlich hat das auch was mit Effizienz zu tun und dass man möglichst viel für sein Geld bekommt und so weiter und sofort.

Marco Herack 00:19:22

Aber wie wir ja eben auch sehen, sind diese Beharrungskonstrukte da in der Politik, die auch verständlich sind, weil weiß man denn, wie lange man dem Herrn Orban innerhalb der EU trauen kann und will man dem dann irgendwie irgendwas finanzieren und so weiter... also das sind ja auch Sachen, die Politik mit Bedenken muss, deswegen verstehe ich das zu einem gewissen Punkt, aber wir kommen auch nicht drum herum, diese Gemeinsamkeit da zu schaffen, innerhalb der EU.

Sebastian Dullien 00:19:50

Klar also die Beharrungskräfte sind da und die sind zum Teil verständlich. Und zum Teil sind sie auch verständlich, aber nicht gut. Also die Rüstungsindustrie selber hat natürlich ein Interesse daran, in jedem einzelnen Land, dass sie nicht so viel kooperieren muss. Also es ist natürlich blöd, wenn man jetzt den Leopard 2 herstellt, zum Beispiel in Deutschland, dass man plötzlich gefragt wird, warum kann eigentlich Italien oder Frankreich das und das günstiger oder besser machen? Also wenn man da einen richtigen Wettbewerb hätte, würde das wahrscheinlich die Arbeit erschweren oder nicht die Arbeit, sondern das tägliche Rüstungsproduzieren erschweren und möglicherweise die Gewinne schmälern.

Sebastian Dullien 00:20:27

Das heißt, da sind Leute, das ist verständlich, dass die das nicht gut finden, aber es ist nicht gesamtwirtschaftlich sinnvoll, dass das da blockiert wird. Und es gibt eben diese Einwände, dass man sagt, ja, möglicherweise sind nicht alle Länder in Europa so voll demokratisch, und da muss man dann

eben auch aufpassen, andererseits, da geht es eben darum, diese Strukturen so zu bauen, dass auch ein Orban keinen Schaden anrichten kann.

Marco Herack 00:20:48

Was mir aufgefallen ist, ist, dass auch so von den Gedanken her China sehr präsent war und so ein bisschen damit gehadert wurde, ob China jetzt Vorbild ist für uns in Sachen Industriepolitik, weil sie das ja scheinbar bisher, zumindest in den letzten Jahren, recht erfolgreich umgesetzt haben, oder ob man da nicht eher so gucken müsste, dass man eigene Wege findet und definiert. Und dann vielleicht vereinzelt kopiert.

Sebastian Dullien 00:21:16

Es gab sehr viele Debatten um China und insbesondere am Nachmittag bei den späteren Vorträgen wurde die Frage gestellt, sind wir eben technologisch schon so abgehängt, dass wir das mit Bordmitteln noch hinbekommen? Oder was heißt mit Bordmitteln? Also die Frage ist einfach, zum Beispiel bei Batteriezellenproduktion, sind wir da so weit abgehängt, dass wir mit eigener Forschung und Entwicklung dann auch wieder aufholen können oder sind wir inzwischen das Entwicklungsland, was quasi Entwicklungshilfe und Technologietransfer aus China braucht.

Marco Herack 00:21:48

Umgekehrt wie früher.

Sebastian Dullien 00:21:50

Umgekehrt wie früher. Genau, die Chinesen haben ja sehr lange auch in bestimmten Branchen und Sektoren, wenn man da in China investieren musste, dann musste man Joint Ventures mit lokalen Firmen eingehen, das Ziel war hier auch, dass da auch Technologie und Wissen quasi transferiert wurde und die Frage ist jetzt, ob man sowas in die andere Richtung braucht oder nicht? Das ist auch lange diskutiert worden, da war dann eine Idee von Dalia Marin aus München, dass man sagt, ja, wenn die Chinesen hier investieren, dann müssen sie eben auch künftig Joint Ventures machen. Dann würde man auch den Markt bei uns meinetwegen für Batteriezellen etwas schließen und würde sagen, da muss ein Teil für bestimmte Zwecke in Europa produziert werden, aber die Chinesen dürfen das nur machen, wenn sie dann Joint Ventures machen.

Sebastian Dullien 00:22:32

Eben mit dem Ziel, dass deren Wissen und Fähigkeiten in die lokale Wirtschaft diffundiert und implizit ist dann das Ziel natürlich, dass man später das genauso gut oder besser machen kann wie die.

Marco Herack 00:22:43

Man sieht, dass in Sachen China wesentlich mehr möglich ist, als wir es in der EU tun. Zum Beispiel hat die Türkei jetzt für Autos ein paar Zölle erlassen, ohne große Streiterei wie bei uns innerhalb, sondern es wurde dann

gemacht und danach hat BYD bekannt gegeben, dass sie dann doch jetzt eine Fabrikation in der Türkei aufbauen. Und daran sieht man ja schon, dass dieser Kooperationswille dann schon entsteht, wenn man ihn denn forciert. Man muss das natürlich immer mit einer gewissen Vorsicht vielleicht auch tun, aber man sollte vielleicht auch einfach selbstbewusster sein, weil andere machen das und haben scheinbar weniger, brauchen wir nicht mehr das dann umzusetzen. Das sind so Wege, an die wir uns jetzt gewöhnen müssen. Das ist ein völlig neues Vorgehen, dass wir jetzt gerade da für unseren Markt denken und da wird das ziemlich gut sichtbar in dieser Diskussion.

Sebastian Dullien 00:23:32

Ich glaube es ist noch ein Diskussionsprozess, also das hat man ja auch sehr schön gesehen bei der Debatte um die EU-Zölle gegen E-Autos aus China, weil das Problem ist, dass wir halt europäische Hersteller haben, zum Beispiel Volkswagen, die produzieren in China und möchten ihre Autos dann in den europäischen Markt bringen. Die übrigens auch Angst haben, dass da China irgendwo anders Vergeltung üben würde. Es ist eine ziemliche Abkehr, das Ganze, von dem Freihandelsparadigma, das wir im Grunde seit den 90er Jahren ziemlich eindeutig in der EU hatten. Also seit Gründung der Europäischen Union, wo man sagt, ja, wir möchten gerne einfach in andere Länder exportieren, und wir öffnen dafür auch den Markt bei uns, und diese Art der Industriepolitik und der Investitionskontrolle, von der wir gerade gesprochen haben, das ist einfach wirklich Neuland, das hat es so lange nicht gegeben. Ja, es ist einfach was ganz anderes als früher.

Marco Herack 00:24:24

Also du bist noch nicht der Meinung, dass die Politik da schon so weit ist, sondern das ist jetzt erstmal nur noch eine wissenschaftliche Debatte.

Sebastian Dullien 00:24:31

Ja, oder eine Debatte nicht nur wissenschaftlich, sondern auch in den Think-tanks. Also das ist eine Debatte, die kommt jetzt, aber ich glaube bei der Politik ist das noch überhaupt nicht vollständig verinnerlicht und ich glaube, es wird auch echt noch dauern, bis das übernommen wird. Weil die da meist auch ein bisschen länger brauchen und man auch sagen muss, wird auch auf EU-Ebene sehr schwierig sein, weil die Europäische Kommission, die ist ja so strukturiert, da gibt es ein ganzes DG für die Handelspolitik, außerdem ist die Handelspolitik nach dem EU-Vertrag eines der wenigen Felder wo die EU einfach Sachen machen kann, ohne bei den Mitgliedsländern nachzufragen.

Sebastian Dullien 00:25:08

Und Handelspolitik ist da aber sehr eng definiert. Also die Frage, wie designe ich jetzt zum Beispiel Investitionsvorschriften in den europäischen Mitgliedsstaaten, wenn da Ausländer reingehen, Pflicht zu Joint Venture oder sowas, das kann die EU nicht so ohne weiteres machen. Das heißt, die können

eigentlich im Moment gar keine so vertikale, vollständige Industriepolitik machen, ohne wirklich ganz stark in die Mitgliedstaaten einzubinden. Aber sie können Freihandelsabkommen unterschreiben. Diese Kombination führt natürlich dazu, dass es da einen ziemlichen Widerstand geben wird, oder was heißt Widerstand, es wird auf jeden Fall sehr lange dauern oder noch eine Zeit lang dauern, bis da ein richtiger Kurswechsel zustande kommt.

Marco Herack 00:25:49

Wobei Schmerzen den dann wahrscheinlich befeuern werden. Wird es dann schneller gehen, wenn es weh tut.

Sebastian Dullien 00:25:55

Ja, das das kann ja sein. Und der Druck ist tatsächlich groß. Das heißt, ich würde sagen, da wird was passieren, aber wenn man auch in den Koalitionsvertrag der neuen Regierung bei uns reinguckt, da findet man zwar hier und dort industriepolitische Elemente, aber man hat jetzt nicht so ein industriepolitisches Konzept, was ich gerade da beschrieben habe.

Marco Herack 00:26:13

Aber wir haben einen sehr flexiblen Kanzler, wie wir gelernt haben.

Sebastian Dullien 00:26:16

Das schon von daher, da kann auch was passieren. Aber man muss gucken, was da passiert.

Marco Herack 00:26:20

Wir haben jetzt ein Thema in Sachen Industriepolitik bisher ausgespart, aber wir haben es natürlich nicht vergessen, nämlich das sogenannte Reshoring. Also was machen denn Unternehmen in einer Krise hatte sich Dalia Marin gefragt und ist der Sache nachgegangen. Und instinktiv, vor allen Dingen, weil wir ja in der öffentlichen Debatte auch immer so breit darüber reden, da kommt Covid und, ah, ja, wir brauchen jetzt irgendwie Lieferkettenresilienz, und wir müssen da irgendwas tun und dies und das und jenes. Und dann denkt man ja, na ja, da wird ja dann auch schon irgendjemand was tun, und die Unternehmen haben ja einen Anreiz, und sie hat das untersucht und dann festgestellt, dass es zwar innerhalb der Unternehmen Veränderungen gibt, aber es gibt explizit nicht dieses Reshoring. Also nichts läuft nach Hause und da wo es Veränderungen gibt, dahingehend, dann eigentlich nur, wenn man einen Bereich, in dem man nicht Leute anstellen muss, sondern Roboter erledigen die Arbeit. Und da hören wir jetzt auch noch mal ganz kurz rein, was Dalia Marin von der Technischen Universität München gesagt hat.

Dalia Marin 00:27:24

Ein wichtiges Ergebnis, das wir auch bekommen, ist, dass wir keine Diversifikation sehen. Also es wurde ja diskutiert, dass durch die großen Krisen und Unsicherheitsschocks, die wir hier in den letzten Jahren erlebt haben, dass es dadurch zu mehr Handel kommt und nicht zu weniger Handel. Aber das

finden wir nicht. Also es führt nämlich dazu, dass mehr Unsicherheit führt nicht zu einem Anstieg der Zulieferer aus den Niedriglohnländern oder aus anderen Ländern. Der Konzentrationsgrad der Zulieferer steigt weiter, das heißt, hier gibt es wieder die Möglichkeit, dass es die die Findungskosten für einen neuen Zulieferer hoch sind und sie daher nicht diversifizieren. Hier gibt es einen Bedarf der Politik bei diesen Diversifizierungskosten anzusetzen, auf die ich noch zu sprechen komme.

Marco Herack 00:28:23

Das ist ja irre. Also was sie im Grunde sagt, ist, die Unternehmen machen das nicht von selber so, wenn ihr das haben wollt, dann muss im Grunde der Staat Anreize setzen oder am Ende es schlichtweg finanzieren.

Sebastian Dullien 00:28:38

Na Moment, gehen wir doch mal vorsichtig, was sie da sagt. Also sie sagt, Unsicherheit führt dazu, dass man schon Lieferketten überdenkt, aber man würde ja denken, dass die Unternehmen, die zum Beispiel jetzt in China, die einen Teil bekommen haben und die jetzt sehen. Oh, da gibt es wirkliche Handelskonflikte mit China oder Secondary Sanctions aus den USA, also dass die USA irgendwann sagt, naja, wenn ihr mit China handelt, dann dürft ihr mit uns nicht mehr handeln. Eigentlich wird man ja denken, dass die Unternehmen darauf reagieren, dass sie jetzt meinetwegen versuchen, Teile in Malaysia oder in Vietnam oder sowas zu kaufen. Und Dalia Marin sagt hier, das passiert nicht. Die Unternehmen suchen sich nicht neue Lieferanten in anderen Ländern, sondern was die Unternehmen machen ist, zum Teil schon diese Produktion von Vorprodukten in dem Sinne zurückzuholen, dass sie sie in das eigene Unternehmen wieder eingliedern.

Sebastian Dullien 00:29:32

Also was sie auch nicht machen, ist, dass sie sich in Deutschland Lieferanten suchen, sondern dann fangen sie gleich an, ganz ins eigene Unternehmen zurückzuholen. Das ist, was sie eigentlich sagt, aber das heißt schon, dass, um auf deine Frage zurückzukommen, das, was man eigentlich denken würde, was die Unternehmen machen, dass sie ein eigenes Interesse haben, ihre Lieferketten zu stabilisieren und das auch durchaus durch eine Diversifizierung der internationalen Lieferanten zu machen, das passiert nicht, passiert schon ein bisschen was, aber vielleicht ist das auch nicht das, was man dann vollständig möchte. Und ob das ausreichend ist, was die Unternehmen machen, weil wieder zurück verlagern in diese eigenen Unternehmen, das ist auch die Frage. Wie du richtig gesagt hast. Da findet man auch, dass üblicherweise bei Produktionsschritten, die man hier sehr gut robotisieren kann, da ist das wesentlich einfacher als bei den anderen.

Marco Herack 00:30:17

Naja, aber man kann ja aktuell noch nicht alles robotisieren, sondern vieles muss halt einfach noch so gemacht werden, auch wenn man manchmal den

Eindruck hat, es sei ja anders, aber... Von daher ist doch die Aussage da dann recht klar. Also für diese Schritte, wenn man da die Lieferkettenresilienz haben will im Sinne von man will nicht abhängig von China sein als Deutschland, das ist ja die politische Entscheidung Deutschlands oder Europas im Idealfall in diesem Gesamtkonglomerat, dann muss man da Geld reinpumpen, damit die Unternehmen die Produktion anders gestalten.

Sebastian Dullien 00:30:53

Es sagt, es reicht nicht alleine aus. Also die Unsicherheit an sich wird nicht dafür sorgen, dass die Resilienz entsteht. Das ist schon richtig und da muss offensichtlich mehr passieren.

Marco Herack 00:31:03

Was könnte man denn da machen, damit das funktioniert?

Sebastian Dullien 00:31:07

Ich glaube, man muss gucken, in welchen Bereichen ist es besonders dramatisch, die Abhängigkeit von China. Und da müsste man dann eben schon gucken, ob man auch Produktionen aufbaut oder dass man bestimmte Mindestproduktionsmengen für Europa festlegt, damit man im Extremfall auch die Produktion hier stärker, schneller wieder erhöhen kann, wenn das notwendig wird in den Bereichen. Dass man sicherstellt, dass Industrien nicht vollständig abgewandert sind.

Marco Herack 00:31:33

Aber ist nicht genau das eigentlich der teuerste Weg, weil so eine Mindestproduktion darf ja auch nicht zu klein sein, sie muss ausbaufähig sein. Also das klingt nicht so simpel.

Sebastian Dullien 00:31:46

Nein, klar ist wahrscheinlich nur einer der Schritte. Ein anderer Schritt ist, dass man tatsächlich auch große Konzerne mit wichtigen Produktionen, die volkswirtschaftlich relevant und zentral sind, dass man den meinetwegen Stresstests vorschreibt. Wir haben ja auch Stresstests im Finanzsektor und dass man zum Beispiel sagt: Ja, also ihr müsst eure Lieferketten so im Griff haben, lasst uns mal ein Szenario durchgehen, dass meinetwegen es zum militärischen Konflikt zwischen China und Taiwan kommt und China die Lieferungen aus den beiden Ländern ausfallen, was wären die Konsequenzen und habt ihr dafür ausreichend andere Lieferquellen? Dann würden möglicherweise einzelne Unternehmen versuchen, woanders auch Produktionen aufzubauen und vorzuhalten. Es ist halt manchmal nicht ganz einfach, also es gibt schon Industrien, wo China so relevant weltweit ist und wo auch nicht klar ist, ob man diese Produktion jetzt einfach woanders schnell aufbauen könnte. Aber klar, das wäre so der erste Schritt, diese Stresstests vorzuschreiben und dann eben auch bei öffentlichen Beschaffungen von bestimmten Dingen darauf zu achten, wo die Dinge herkommen.

Sebastian Dullien 00:32:46

Aber zum Beispiel bei den Halbleitern. Das ist eines der Vorprodukte, wo man sich sehr große Sorgen drum macht, weil die Produktion in sehr wenigen Ländern konzentriert ist. Wo Taiwan, China und Südkorea dazugehören, es einfach ein sehr, sehr großes Problem wäre, wenn diese Belieferungen aus China und Taiwan ausfallen würden. Und das ist ja einer der Gründe, warum man auch Chipproduktion, Halbleiterproduktion in Europa subventioniert und warum die USA das auch machen in den USA.

Marco Herack 00:33:10

Und auf die USA würde man sich ja da im Zweifelsfall auch nicht verlassen wollen, wenn die die Produktion dann vielleicht da hochgezogen haben, in nennenswerter Form. Aber da weiß man ja auch nicht mehr hundertprozentig, ob man da dann etwas abbekommt. Also wenn man jetzt mal gesehen hat, wie Donald Trump mit den Chips da in der arabischen Welt rumgegangen ist, das war ja durchaus eine Verbindung zwischen Politik und eben der Chiplieferung.

Sebastian Dullien 00:33:33

Man kann sich erstens in Konfliktfällen weltweit nicht darauf verlassen, dass dann oder in größeren Konflikten, dass die USA dann vollständig alle Ausfuhren auch nach Europa so erlauben. Und das zweite ist ja wirklich eine Frage des Zugriffs. Was wir auch bei Covid schon gesehen hatten, hatten wir einen Chipmangel, einen Halbleitermangel und die deutsche Automobilindustrie ist dann einfach eine Zeit lang nicht an die Halbleiter mehr drangekommen. Und das hat ganz massiv die Produktion gedämpft. Nach unseren Berechnungen sind da über 1.000.000 Autos in Deutschland nicht gebaut worden, für die die Bestellungen vorlagen. Und natürlich würde auch eine Fabrik, eine TSMC-Fabrik oder eine Intel-Fabrik, die in Deutschland steht, möglicherweise andere Auftraggeber haben, aber wenn es jetzt wirklich zum Konfliktfall kommt und zu einer Situation, wo wir einen massiven Mangel an Halbleitern haben, auch für wirklich zentrale Geräte oder Anlagen, die wir in Europa brauchen, dann könnte man immer noch sagen, also ihr habt jetzt die Verpflichtung, so und so viel in Europa auch zu verkaufen. Im Krisenfall kann man sowas dann schon machen, das kannst du aber nicht machen, wenn die Fabrik eben in Arizona oder in China steht.

Marco Herack 00:34:37

Ich glaube, man merkt an der Stelle, dass die Diskussionen auf der Konferenz wirklich sehr umfangreich und tiefgehend waren und die einzelnen Vorträge kann man sich auch alle auf YouTube angucken. Wir werden das in den Shownotes verlinken. Es ist eine Gesamtdatei, aber es ist ein Gesamtwerk, das heißt, ihr müsst dann immer ein bisschen vorspulen zwischen den einzelnen Vorträgen. Aber da waren ein paar sehr, sehr hörenswerte Sachen dabei und ich glaube, wenn man sich zu den hier besprochenen Themen up

to date bringen will, ist das sehr lohnenswert und in dem Sinne: Sebastian Dullin, ich danke dir für das Gespräch.

Sebastian Dullien 00:35:11

Danke, lieber Marco für die Moderation.

Marco Herack 00:35:13

Wenn ihr noch ein paar Gedanken und Vorschläge zum Thema Lieferketten, Industriepolitik und Rettung Europas habt, dann sendet sie uns an systemrelevant@boeckler.de das ist unsere E-Mail-Adresse. Also Hinweise, Korrekturen, Unmut und Anregungen bitte einsenden. In den Shownotes findet ihr die Liste der sozialen Netzwerke sowie unsere weiteren Podcasts. Derer haben wir 2 und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Vielen Dank fürs Hören Euch eine schöne Zeit und bis nächste Woche. Tschüss.

Einsprecher 00:35:46

Das war Systemrelevant. Fakten für eine demokratische und nachhaltige Wirtschaft.